

1 Einleitung

»Wir haben einfach in Deutschland eine extreme soziale Spaltung, die sich [...] im Jugendbereich oder im Kindheitsbereich schon [...] festlegt. Und ich glaube, dass der Engagement-Bereich da natürlich auch nicht alle Lücken schließen kann, aber [er] kann auf jeden Fall einen Beitrag leisten, diese Schere so ein bisschen wieder zusammenzubringen [...].«
(BS_TH_43, Z. 352-356)¹

Mit einer solchen Einstellung dürften sich wohl viele Pädagog*innen in Deutschland identifizieren, wenn sie mit Bildungs-, Engagement- und Beteiligungsprogrammen ›sozial benachteiligte Jugendliche‹ unterstützen wollen. Momentan gibt es einen Boom dieser Programme – viele davon werden von unternehmensnahen Stiftungen (und auch Unternehmen) gefördert.² Der Bundesverband Deutscher Stiftungen betont als Interessenvertretung deutscher Stiftungen, dass Stiftungen aufgrund ihrer Struktur »näher an den sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen als der Staat« seien (Bundesverband Deutscher Stiftungen 2012a, S. 5), dass sie experimentell arbeiten und auf diese Weise Innovationen befördern könnten (vgl. ders., 2012b, S. 48; ders. 2012a, S. 5).

Auch in der politischen Bildung bemühen sich unternehmensnahe Stiftungen um innovative Konzepte und fördern Bildungsansätze, mit denen ›sozial benachteiligte Jugendliche‹ adressiert und im Rahmen von z.T. erkenntnisreicher Begleit-

1 Das Zitat stammt von einer Person aus dem Projektmanagement einer Bildungstiftung und wurde im Rahmen der für diese Studie durchgeführten Expert*innen-Interviews erhoben (vgl. auch Kapitel 5.2.4.1).

2 Solche Bildungsförderungsprogramme sind z.B. »Teach first« oder »Rock your Life« (vgl. Teach first 2017; Rock your life 2017).

forschung evaluiert werden.³ So hat zum Beispiel die unternehmensverbundene⁴ Robert Bosch Stiftung (RBS) in den letzten Jahren gleich drei Modellprojekte für »sozial benachteiligte Jugendliche« unterstützt.⁵ Innovativ sind diese u.a. deshalb, weil sie »da statt[finden], wo die Jugend sich aufhält«: online und in sozialen Netzwerken wie Facebook, in Jugendeinrichtungen, auf »Festivals [...] und in der Schule«.⁶ Jugendliche reagieren auf ihre Programme mit Aussagen wie »Toll, dass es so was gibt« (vgl. Besand/Birkenhauer/Lange 2013, S. 188). Die Projekte werden dabei mit unterschiedlichen öffentlich finanzierten Einrichtungen durchgeführt, darunter z.B. auch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

Die Förderung durch unternehmensnahe Stiftungen in der außerschulischen politischen Bildung ist dabei längst kein Einzelfall mehr: Private Stiftungen haben in den letzten Jahren in der Funktion als Drittmittelgeber an Bedeutung gewonnen.⁷ Denn die öffentlich finanzierten Einrichtungen der außerschulischen politischen Bildung sind einem verstärkten ökonomischen Druck ausgesetzt und zunehmend auf die Finanzierung durch Projektmittel angewiesen (vgl. Widmaier 2011, S. 476), die auch bei finanzstarken unternehmensnahen Stiftungen eingeworben werden.

Diese verorten sich selbst häufig als überparteiliche, unabhängige zivilgesellschaftliche Akteure – die RBS z.B. versteht sich in ihrer Arbeit in der politischen Bildung als »weltanschaulich neutrale Stiftung« (Besand/Birkenhauer/Lange 2013, S. 175). Diese Situation verweist auf ein interessantes Paradoxon: Unternehmen sind als Akteure zu verstehen, »deren Hauptziel der Unternehmenserfolg auf dem Markt ist« (Spath 2008, S. 282) und in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung dient der Gewinn von Unternehmen nicht in erster Linie der Bedarfsdeckung, sondern der Kapitalverwertung, mithin der Reinvestition der Gewinne (vgl. Heinrich

3 Die Robert Bosch Stiftung hat beispielsweise das politische Bildungsprogramm »DU HAST DIE MACHT« von der Fachdidaktikerin Anja Besand wissenschaftlich begleiten lassen (vgl. Besand/Birkenhauer/Lange 2013 sowie Kapitel 4.3.3 in dieser Arbeit).

4 Die sogenannte »unternehmensverbundene Stiftung« ist ein spezieller Typ der unternehmensnahen Stiftung, vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 4.1.1.

5 Die RBS spricht in ihrem Schwerpunkt »Jugend und Demokratie« »wenig interessierte Jugendliche« an (Robert Bosch Stiftung 2017u); die Analyse in dieser Arbeit ergibt, dass damit – zumindest immer auch – Jugendliche aus den deprivilegierten Milieus gemeint sind (zur Diskussion um das Zielgruppenverständnis: vgl. Kapitel 2.1.1).

6 Diese Ausführungen waren Anfang 2013 auf der Seite der Online-Plattform »DU HAST DIE MACHT« der Robert Bosch Stiftung zu lesen (vgl. DU HAST DIE MACHT 2013). Das Programm ist mittlerweile eingestellt.

7 Stiftungen gelten als »in« (Höhne/Schreck 2009, S. 121): »die Zahl der Neugründungen steigt so stark an, dass heute in einem Jahr so viele Stiftungen neu gegründet werden wie noch vor einer Generation in einem Jahrzehnt« (Adloff/Strachwitz 2011, S. 55). Adloff et al. beziehen sich dabei auf die Studie von Sprengel und Ebermann (2007).

2005, S. 14). Insofern sind Unternehmen systemlogisch treibende Kraft eines Wirtschaftssystems, das ungleiche gesellschaftliche Verhältnisse hervorbringt. Aber die mit ihnen verbundenen Stiftungen präsentieren sich als »politisch neutrale« Institutionen, die als unabhängige zivilgesellschaftliche Akteure innovative Programme für »sozial benachteiligte Jugendliche« finanzieren, um politische Mündigkeit zu fördern und einen Beitrag zum Abbau sozialer Ungleichheit zu leisten.

Auf Basis der bestehenden Forschungsliteratur in der politischen Bildung kann dieser Widerspruch nicht näher beurteilt werden. Meinem Kenntnisstand nach gibt es bisher keine Studie, die das Wirken unternehmensnaher Stiftungen in Deutschland in einem bestimmten Politik- oder Themenfeld untersucht – somit auch nicht in der politischen Bildung. Für diese wird das »Vordringen fragwürdiger Bildungsakteure« (Ahlheim/Schillo 2012)⁸ vorrangig mit Bezug auf staatliche Akteure, wie der Bundeswehr (vgl. Pappenberger 2012) oder dem Verfassungsschutz (vgl. Schillo 2012) kontrovers diskutiert, in jüngerer Zeit auch in Hinblick auf den Einfluss von Unternehmen und Arbeitgeberverbänden auf das Schulfach Wirtschaft-Politik (vgl. Engartner/Krisanthan 2016; Engartner 2015; Mitschke 2012). Es werden aber kaum unternehmensnahe Stiftungen als Akteure und die von ihnen geförderten (außerschulischen) politischen Bildungsprogramme näher betrachtet.⁹

Die vorliegende Explorationsstudie möchte einen ersten Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke leisten und dabei den Fokus nicht nur auf die Akteure richten, sondern auch auf deren Programme für »sozial benachteiligte Jugendliche«. Dies ist für die Profession der politischen Bildung aus zwei Gründen höchst relevant:

Zum einen werden bisher die Verflechtungen von Stiftungen und Unternehmen nicht systematisch untersucht. Somit ist ungeklärt, ob und welche Formen der Verflechtungen ggf. Auswirkungen auf die Ausrichtung der Stiftungsarbeit im Bildungsbereich haben. Es gibt in Deutschland zwar mittlerweile eine wachsende Forschung über Stiftungen (vgl. u.a. Anheier et al. 2017a, b, c), aber nur vereinzelt Untersuchungen zu unternehmensnahen Stiftungen.¹⁰ Der Zusammenhang von Stiftungen und Unternehmen ist »empirisch kaum untersucht« (Eulerich/Welge 2011, S. 9).¹¹ Da keine Einigkeit darüber besteht, welche Stiftungen überhaupt

8 Das Zitat ist dem Einband entnommen.

9 Peggy Wolf hat das Programm »Jugend debattiert« untersucht, das von Stiftungen gefördert wird, darunter auch die RBS. Ihr Analyseschwerpunkt lag auf dem Programm, nicht auf den Stiftungen (vgl. Wolf 2011). Auch liegt eine Untersuchung zur Freudenberg Stiftung von Pia Gerber (2006) vor (vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 2.1.3).

10 Hier ist auf die Diskussion um die Bertelsmann Stiftung zu verweisen (vgl. Schuler 2010), die in dieser Arbeit noch ausführlicher betrachtet wird (vgl. Kapitel 4.1.1, 4.2.1).

11 Erste Anhaltspunkte liefert die Studie über stiftungsverbundene Unternehmen von Marc Eulerich, der auf die »Wechselwirkungen« zwischen Stiftungen und Unternehmen hinweist. Eulerich

als unternehmensnah zu klassifizieren sind,¹² gibt es bis heute keinen Datensatz zu unternehmensnahen Stiftungen in Deutschland und keine (darauf aufbauende) empirische Forschung. Folglich besteht die erste Herausforderung zur Exploration des Themas ›unternehmensnahe Stiftungen in der politischen Bildung‹ darin zu klären, welche Stiftungen aus welchen Gründen als ›unternehmensnah‹ einzuschätzen sind. Dies ist wichtig, da die Verbundenheit mit Unternehmen Fragen in Hinblick auf das Selbstverständnis der Stiftungen, unabhängige Akteure zu sein, aufwirft.¹³

Die Fachliteratur zu Stiftungen im Allgemeinen verweist darauf, dass Stiftungen grundsätzlich stets »private Vision[en] der Gemeinwohlorientierung« (Adloff 2010, S. 415) umsetzen. Bezüglich unternehmensnaher Stiftungen gibt es zwar, wie gesagt, keine systematisch-vergleichende Forschung, journalistische Analysen zu einzelnen Stiftungen diskutieren jedoch kritisch, dass Stiftungsarbeit am Geschäftsfeld und an Interessen der mit ihnen verbundenen Unternehmen ausgerichtet sei (vgl. u.a. Schuler 2010, S. 16; Holland-Letz 2015, S. 54).¹⁴ Neben diesem Aspekt wirft die Struktur von Stiftungen grundsätzliche Fragen auf, da mit dieser Organisationsform fehlende demokratische Rückbindung (vgl. Adloff 2010, S. 415) und Intransparenz (vgl. Schuler 2010, S. 245) einhergehen.

Für die außerschulische politische Bildung, die sich in Deutschland durch ein plurales Trägersystem auszeichnet, ist es m.E. zunächst grundsätzlich wichtig, dass Bildungsakteure ihre weltanschauliche Verortung und Verbindung mit Partikularinteressen transparent darlegen – denn diese Transparenz ist Voraussetzung für Pluralität. Sollten unternehmensnahe Stiftungen ihre Bildungsarbeit tatsächlich an Wirtschaftsinteressen ausrichten, würde dies Zweifel hinsichtlich des Ziels der Förderung politischer Mündigkeit aufwerfen: Kann ihre Bildungsarbeit Prinzipien kritisch-emanzipatorischer politischer Bildung berücksichtigen, wie zum Beispiel das Prinzip der Machtkritik? Das verweist darauf, dass »[s]elbstbestimmtes Denken und Handeln [...] durch Abhängigkeiten und sich überlagernde soziale Ungleichheiten beschränkt [wird]« und es gilt, »[d]iese Macht- und Herrschaftsverhältnisse [...], wahrzunehmen und zu analysieren« (Frankfurter Erklärung 2015).

analysiert in seiner wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchung, wie sich die Stiftungsverbundenheit auf die Unternehmenstätigkeit auswirkt – und nicht die Unternehmensverbundenheit auf die Stiftungstätigkeit (vgl. Eulerich 2016).

12 Die Definitionen zum Begriff der unternehmensnahen Stiftung können als umstritten gelten; ausführlich dazu vgl. Kapitel 4.1.1.

13 Dieses Selbstverständnis hängt auch damit zusammen, dass die Stiftungen gesetzlich (nach § 52 Abgabenordnung/AO) als gemeinnützig anerkannt sind.

14 Zum Beispiel wurde dies bei der Förderung der Digitalisierung im Bildungsbereich durch die Deutsche Telekom Stiftung und die Bertelsmann Stiftung diskutiert: Sowohl für die Deutsche Telekom als auch für den Bertelsmann-Konzern ist das Thema Digitalisierung geschäftspolitisch relevant (vgl. Füller 2015).

Der zweite Grund für die vorliegende Explorationsstudie ist, dass die außerschulische politische Bildung aktuell »enorme Schwierigkeiten [hat], die Gruppe der marginalisierten Jugendlichen zu erreichen« (Ottersbach 2011, S. 347). Ausgehend von dem Grundsatz, dass es die Aufgabe von politischer Bildung in Deutschland ist, zur Demokratisierung der Gesellschaft beizutragen und »dem politischen Öffentlichkeitsverlust entgegenzuwirken« (Lösch 2008, S. 170), sollte sie aber gerade »Formen und Räume finden, sozial Marginalisierte und Nicht-Repräsentierte anzusprechen« und damit zur »soziale[n] Ausweitung der Demokratie« beitragen (ebd.). Die Angebote für »Jugendliche mit Migrationshintergrund« und »Jugendliche mit Bildungsnachteilen« halten sich jedoch trotz anhaltender Diskussionen »noch immer ziemlich in Grenzen«, wie die Fachdidaktiker*innen Anja Besand, Peter Birkenhauer und Peter Lange im Jahr 2013 bemängeln (Besand/Birkenhauer/Lange 2013, S. 41): Schon allein die Hinwendung zu »benachteiligten Jugendlichen« müsse »derzeit als innovativ bewertet werden« (ebd.).

Von daher lohnt m.E. auch ein Blick darauf, wie es die ressourcenstarken unternehmensnahen Stiftungen mit ihren Kooperationspartnern schaffen, Jugendliche mit neuen Herangehensweisen zu erreichen. In Forschung und Praxis wird hierbei schon länger die Frage intensiv diskutiert, wie »Zugangsmöglichkeiten« zu »[w]enig erreichten Zielgruppen« geschaffen werden können (Transferstelle politische Bildung 2017d); die Ansprache von schwer erreichbaren jugendlichen Zielgruppen wurde in den letzten Jahren im Rahmen mehrerer pädagogischer und sozialwissenschaftlicher Untersuchungen und Evaluationen analysiert (vgl. u.a. Besand/Birkenhauer/Lange 2013; Erben/Schlottau/Waldmann 2013; Friedrich Ebert Stiftung 2011; Widmaier/Nonnenmacher 2012; Kohl/Seibring 2012a; Bundeszentrale für politische Bildung/Robert Bosch Stiftung 2011).

Bezüglich der Frage, auf was neue zielgruppenadäquate Formate eigentlich zielen und wie sie selbst in »Herrschaftsverhältnisse verstrickt sind«, gibt es bisher wenig Forschung (vgl. Hirsch 2016). Neuere Ansätze aus der kritischen politischen Bildungsforschung stellen jedoch heraus, dass auch die politische Bildung in die Reproduktion sozialer Ungleichheitsverhältnisse eingebunden ist – auch (und manchmal sogar gerade) dann, wenn sie politische Mündigkeit fördern will (vgl. u.a. Bremer 2011; Eis 2013).¹⁵ Möchte die außerschulische politische Bildung – im

15 In den letzten Jahren sind zahlreiche Aufsätze und mittlerweile auch umfassendere empirische Arbeiten erschienen, die die Einbindung von politischer Bildung in Herrschaftsverhältnisse auf Basis kritischer Gesellschafts- und Bildungstheorien analysieren (vgl. die Sammelbände von: Lösch/Thimmel 2011a; Widmaier/Overwien 2013; Eis/Salomon 2014). Zuletzt verdeutlichte Alexander Wohnig (2017), wie die seit Jahren von der Bundesregierung vorangetriebene Engagementförderung als Teil einer »Partizipations- und Aktivierungsideologie« im Kontext des aktivierenden Sozialstaats zu verorten ist und als solche in der politischen Bildung nicht einfach reproduziert, sondern offengelegt werden sollte.

begrenzten Rahmen ihrer Möglichkeiten – einen Beitrag zum Abbau sozialer Ungleichheit leisten, so wie es viele Pädagog*innen anstreben, so muss sich die Profession auch Fragen nach der eigenen ›Herrschaftseingebundenheit‹ stellen.

Empirische Untersuchungen zu dieser Eingebundenheit spielen in der außerschulischen politischen Jugendbildung bisher eine eher randständige Rolle. Dies hängt damit zusammen, dass zur außerschulischen politischen Bildung an deutschen Hochschulen kaum geforscht wird und u.a. deshalb »die empirische Forschungslage« in diesem Bereich insgesamt »als desolat bezeichnet werden« muss (Becker 2011a, S. 161).¹⁶ Außerdem gibt es nur wenige Untersuchungen in dem Bereich, die, wie die vorliegende Arbeit, aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive durchgeführt werden¹⁷ und damit den Analysefokus auf die Durchsetzung politischer Interessen legen.

Da unternehmensnahe Stiftungen ihrem Selbstverständnis nach zivilgesellschaftliche Akteure sind und auch in der Fachliteratur als private oder »zivilgesellschaftliche Stiftungen« (Lange 2010, S. 121) geführt werden,¹⁸ wird in der vorliegenden empirischen Studie zunächst der zugrunde gelegte Zivilgesellschaftsbegriff geklärt und dafür an die theoretischen Überlegungen zu kultureller Hegemonie von Antonio Gramsci angeknüpft. Gramsci gilt nicht nur als einer der »bedeutendste[n] Theoretiker der Zivilgesellschaft« (Adloff 2005, S. 41),¹⁹ er hat auch über die Aufrechterhaltung von Subalternität systematisch nachgedacht. Die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Joan Roelofs, die progressive Vorhaben liberaler »corporate foundations« untersucht hat, befindet: »Antonio Gramsci's

16 Helle Becker erarbeitete im Auftrag des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) und des Bundesausschusses politischer Bildung eine »Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen empirischen Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre zur außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung«, um »Erkenntnisse für eine Weiterentwicklung der Praxis politischer Bildung zu gewinnen« (Becker 2011a, S. 5). Dabei sollten die Bereiche »Teilnehmerforschung« und »Wirkungsforschung« näher betrachtet werden (ebd.). Die Studie bestätigt, »dass es vergleichsweise wenige empirische Forschungsarbeiten gibt, die sich direkt mit der außerschulischen politischen Bildung beschäftigen« (ebd., S. 11). Ein wichtiger Grund für die fehlende Forschung ist die fehlende universitäre Anbindung der außerschulischen politischen Bildung (vgl. ebd.; Bürgin/Lösch 2013).

17 Der Studie von Becker zufolge wurden weniger als 10 Prozent von rund 100 untersuchten Arbeiten »an politikwissenschaftlichen Instituten erstellt« (Becker 2011a, S. 12).

18 Der Bundesverband Deutscher Stiftungen benennt Stiftungen allgemein als »starke Säule der Zivilgesellschaft« (Bundesverband Deutscher Stiftungen 2012a, S. 5). Der Politikwissenschaftler Dirk Lange führt z.B. die unternehmensverbundenen Stiftungen Robert Bosch Stiftung, Körber Stiftung, Freudenberg Stiftung und Bertelsmann Stiftung als »zivilgesellschaftliche Stiftungen« auf (vgl. Lange 2010, S. 121, 129, 131, 132).

19 Zahlreiche geistes- und sozialwissenschaftliche Forschungsparadigmen und -zweige sind von Gramscis theoretischen Überlegungen inspiriert: Hegemonie- und Diskurstheorie, Cultural Studies, Rassismus und Postkolonialismus, kritische Bildungstheorie, feministische Theorie, Neogramscianische Internationale Politische Ökonomie usw. (vgl. Opratko 2014, S. 197-202).

theory of hegemony suggests a conceptual framework useful for understanding foundations« (Roelofs 2003, S. 1). Aus einer hegemonietheoretischen Perspektive gilt es zu analysieren, wie die hier fokussierten unternehmensnahen Stiftungen als zivilgesellschaftliche Akteure beeinflussen, was als ›Gemeinwohl‹ – in diesem Falle in der politischen Bildung mit ›benachteiligten Jugendlichen‹ – betrachtet wird, mit welchen Argumenten dieses Verständnis von Gemeinwohl legitimiert wird und mit welchen partikularen Interessen es sich rückbinden lässt.

Forschungsfragen und methodische Herangehensweise

Ausgehend von diesen Überlegungen wird in der Explorationsstudie den folgenden Fragen nachgegangen:

1. Wie sind unternehmensnahe Stiftungen mit Unternehmen verbunden und werden ihre politischen Bildungsprogramme analog zu Unternehmensstrategien ausgerichtet? Wenn ja, inwiefern?
2. Wie werden die für die Untersuchung ausgewählten Programme für ›sozial benachteiligte Jugendliche‹ zielgruppenadäquat gestaltet und wie lässt sich an einem Fallbeispiel zeigen, dass auch mit zielgruppenadäquaten Formaten Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen reproduziert werden?

Aufgrund des skizzierten rudimentären Forschungsstands zu unternehmensnahen Stiftungen und der chronisch unterforschten außerschulischen politischen Bildung wurde eine qualitativ-explorative Herangehensweise gewählt. Die explorative Studie besteht aus zwei Teilen: Im ersten Teil (Kapitel 4) geht es um eine allgemeine Betrachtung unternehmensnaher Stiftungen als politische Bildungsakteure und den Zusammenhang zwischen unternehmensnahen Stiftungen und jeweiligem Unternehmen. Zudem werden unternehmensnahe Stiftungen und ihre Aktivitäten in der politischen Bildung anhand einer eigenen Analyse von Stiftungs-Websites und Jahresberichten explorativ erforscht. Im Falle der RBS, die gleich drei Modellprojekte zur politischen Bildung mit ›benachteiligten Jugendlichen‹ fördert, werden außerdem ein internes Strategiepapier, Programmmaterialien und (z.T. unveröffentlichte) Evaluationen inhaltsanalytisch ausgewertet, um die zielgruppenadäquate Gestaltung der Programme aufzuzeigen.

Im zweiten Teil (Kapitel 5) wird im Rahmen einer anonymisierten Einzelfallstudie das Engagement-Programm »Micro Projects« untersucht, das durch die Technology Company Foundation finanziert wird.²⁰ »Micro Projects« richtet sich im Schwerpunkt an ›benachteiligte Jugendliche‹, die sich niedrigschwellig mit gemeinnützigen Projektideen um eine Finanzierung bewerben können. Die

20 Für alle Namen wurden in der Fallstudie Pseudonyme verwandt. Zur Notwendigkeit von Verfremdungsverfahren: vgl. Kapitel 5.1.

Fallauswahl war durch verschiedene Faktoren bestimmt: in erster Linie durch den Feldzugang und die Möglichkeit der Verfremdung der Studie (was aufgrund von Alleinstellungsmerkmalen z.B. bei den Modellprojekten der RBS nicht möglich gewesen wäre). Ein weiteres wichtiges Kriterium für die Auswahl dieses Projekts beruht auf der Erkenntnis aus Vorrecherchen, dass es in dem Programm inhaltliche Überschneidungen zum Geschäftsfeld des mit der Stiftung verbundenen Unternehmens, der Technology Company, gibt. Deshalb ist es möglich anhand dieses Projekts zu untersuchen, auf welche Weise es an der Unternehmensstrategie ausgerichtet wird.

Für die Fallstudie wurden Expert*innen-Interviews mit Personen geführt, die an der Programmumsetzung beteiligt sind. Durch eine themenanalytische Auswertung der Interviews wurde die Projektumsetzung und -ausrichtung rekonstruiert. Anhand dieser Rekonstruktion können nicht nur die Zugangswege zu ›benachteiligten Jugendlichen‹ und die Bezüge des Programms zu Unternehmensinteressen herausgearbeitet werden, sondern auch es kann auch gezeigt werden, wie das Programm soziale Ungleichheit reproduziert.

Aufbau der Arbeit

Eingangs wird unter dem Stichwort »neue Akteure und neue Formate« in den Forschungsgegenstand eingeführt und es werden die wesentlichen Forschungsbedarfe herausgearbeitet (Kapitel 2): In Kapitel 2.1 wird die institutionelle Beschaffenheit (2.1.1) und das demokratische Selbstverständnis des heterogenen Feldes der außerschulischen politischen Bildung aufgezeigt (2.1.2) sowie die fehlende Beachtung unternehmensnaher Stiftungen in der bestehenden Erforschung des Trägersystems der außerschulischen politischen Bildung beleuchtet (2.1.3). Daraufaufgehend werden Erkenntnisse zur politischen Bildung mit ›benachteiligten Jugendlichen‹ zusammengetragen (2.2): Zunächst wird ein Einblick in die Zielgruppen-Debatte gegeben (2.2.1) und die Elemente einer zielgruppenadäquaten Formatentwicklung beschrieben, über die sich die Profession weitgehend einig zu sein scheint und die als unerlässlich für die Entwicklung neuer Formate gehandelt werden (2.2.2). In Kapitel 2.2.3 werden die vorherrschenden, das heißt vielfach zu findenden, Bildungsziele politischer Bildung mit ›benachteiligten Jugendlichen‹ dargestellt. Anhand von politischer Bildungsforschung, die mit gesellschaftstheoretischen und -kritischen Ansätzen arbeitet (vgl. u.a. Lösch 2013a; Bremer/Ludwig 2015a, b), wird schließlich die Frage aufgeworfen, wie mit dem Thema soziale Ungleichheit im Rahmen politischer Jugendbildungsformate umgegangen werden kann.

Kapitel 3 legt die theoretische Grundlage für die Exploration. Um zu zeigen, wie das Wirken unternehmensnaher Stiftungen in der außerschulischen politischen Bildung aus einer gesellschafts- und hegemonietheoretisch inspirierten Perspektive als politische Einflussnahme zu analysieren ist, werden zunächst das theoreti-

sche Verständnis von Herrschaft und ihrer Funktionsweise dargelegt. Dazu wird in zentrale hegemonietheoretische Konzepte eingeführt: die Bedeutung der organischen Intellektuellen, die Annahme einer Universalisierung von Partikularinteressen und die Bedeutung des sogenannten Alltagsverständs für politische Strategien (Kapitel 3.1.1 – 3.1.3).

Da aus der dargelegten (hegemonie-)theoretischen Perspektive offen bleibt, inwiefern heutige Ansätze der politischen Bildung, die i.d.R. mit dem Ziel der Förderung politischer Mündigkeit einhergehen, herrschaftsförmig sind, wird sich in Kapitel 3.2 aktuellen Theorieansätzen der kritischen politischen Bildungsforschung zugewandt: Diese diskutieren die Bedeutung subjektkritischer Einwände als radikale Infragestellung zentraler Prinzipien der politischen Bildung (wie das der vorherrschenden Subjektorientierung) (vgl. Bünger 2011; Moll et al. 2013) (3.2.1), aktualisieren hegemonietheoretische Überlegungen für heutige Bildungskontexte (vgl. Merckens 2011) (3.2.2) und arbeiten mit dem Bourdieuschen Konzept von symbolischer Herrschaft und sozialen Feldern (vgl. Bremer 2011; Kleemann-Göhring 2013) (3.2.3). Diese Ansätze verdeutlichen, wie die Subjekte selbst (meist unintendiert) an der Aufrechterhaltung von Herrschaft mitwirken.

In Kapitel 4 wird ein genaueres Bild von unternehmensnahen Stiftungen als Bildungsakteure und ihren Aktivitäten in der politischen Bildung gezeichnet. Der Forschungsstand zu unternehmensnahen Stiftungen als gemeinnützig anerkannten Bildungsakteuren zeigt, dass sich diese in einem besonderen Spannungsverhältnis zwischen Gemeinwohlorientierung und Partikularinteressen befinden (4.1). Anhand der Fachliteratur zum Stiftungswesen und zu unternehmensnahen Stiftungen wird auf die Definition unternehmensnaher Stiftungen und die (unterschiedlichen) Partikularinteressen eingegangen, die mit diesen Stiftungen verfolgt werden können (4.1.1). In Kapitel 4.1.2 wird auf die Besonderheiten der institutionellen Beschaffenheit von Stiftungen sowie in Kapitel 4.1.3 auf das Problem fehlender Transparenzstandards eingegangen.

Basierend auf der Recherche in öffentlich zugänglichen Stiftungspublikationen (einschließlich Websites) wird anschließend ein erster explorativer Überblick über unternehmensnahe Stiftungen (4.2.1) und ihre Aktivitäten (4.2.2) auf dem Feld der politischen Bildung gegeben. Dabei wurden auch Publikationen und Hinweise zum Wirken einzelner Stiftungen im Bildungsbereich aus der Forschungsliteratur und aus journalistischen Analysen berücksichtigt.

In Kapitel 4.3 ermöglicht die Auseinandersetzung mit der RBS einen anschaulichen Einblick in deren institutionelle Stiftungsstrukturen und Stiftungsarbeit, ohne die Stiftung und ihre Programme – wie in der Fallstudie zum Programm »Micro Projects« in Kapitel 5 – anonymisieren zu müssen. Anhand der Stiftungsfachliteratur wird zuerst auf die institutionelle Verfasstheit und die Verflochtenheit der RBS mit dem Bosch-Konzern eingegangen (4.3.1). Ihre Aktivitäten in der politischen Bildung werden anhand ihrer Strategie in ihrem Förderschwerpunkt »Jugend und

Demokratie« (4.3.2) und der drei geförderten Modellprojekte (4.3.3) dargestellt, wobei insbesondere der Innovationscharakter (Kapitel 4.3.3.1 bis 4.3.3.3) und die Bildungsziele der Programme (4.3.3.4) analysiert werden. Die Auseinandersetzung mit der RBS und den von ihr geförderten Programmen zeigt, wie auf innovative Weise Jugendliche erreicht werden. Dies gibt zudem erste Hinweise darauf, ob und inwiefern in politischen Bildungsprogrammen von unternehmensnahen Stiftungen Unternehmensinteressen zur Geltung kommen können.

Kapitel 5 umfasst die anonymisierte Fallstudie zum Engagement-Programm »Micro Projects«. Eingangs wird dazu das methodische Vorgehen erläutert und reflektiert (5.1): das Forschungsdesign der anonymisierten Einzelfallstudie (5.1.1), Expert*innen-Interviews als Instrument zur Datengewinnung (5.1.2), der Interview-Leitfaden und die Interviewführung (5.1.3) sowie das Auswertungsverfahren der thematischen Inhaltsanalyse (5.1.4). In Kapitel 5.2 werden die Umsetzung und Ausrichtung des Programms »Micro Projects« anhand der Informationen aus den leitfadengestützten Expert*innen-Interviews rekonstruiert:

- die Rollen und Aufgaben der Hauptkooperationspartner (5.2.1),
- die Ansprache »sozial benachteiligter Jugendlicher« (5.2.2),
- die Neuausrichtung des Programms (5.2.3),
- die Bildungsziele (Kapitel 5.2.4),
- das Teamer*innen-Netzwerk (Kapitel 5.2.5).

Abschließend werden die Ergebnisse aus der Fallstudie zusammengefasst (5.3.1) und aus der gesellschafts- und bildungstheoretischen Perspektive, die in Kapitel 3 entwickelt wurde, in Hinblick auf die Frage analysiert, wie das Programm »Micro Projects« Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen reproduziert (5.3.2). Im Fazit (Kapitel 6) werden die Hauptergebnisse der Untersuchung dargelegt und Forschungsdesiderate benannt.